

„Deutschland tut genau das Gegenteil von dem, was die Ukraine erreichen will“

Stand: 10:00 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Mandoline Rutkowski**
Redakteurin im Ressort Außenpolitik



Alexander Rodnyansky lehrt an der britischen Elite-Uni Cambridge

Quelle: AFP/FABRICE COFFRINI

Putin verdient trotz EU-Sanktionen Milliarden aus Energieexporten, sagt Alexander Rodnyansky. Der Selenskyj-Berater und Wirtschaftsprofessor kritisiert Deutschland, das für sich Ausnahmen in Anspruch nimmt. Außerdem: Wen würde der ukrainische Präsident zuerst in Europa anrufen?

WELT: Herr Rodnyansky, Anfang Juni hat die EU ihr sechstes Sanktionspaket beschlossen. Kürzlich hat Russland nach offiziellen Angaben einen Haushaltsüberschuss im Wert von mehr als 20 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2022 verkündet. Was machen die Europäer falsch?

Alexander Rodnyansky: Die Europäer haben nach wie vor kein vollumfängliches Embargo auf Rohstoffe aus Russland verhängt oder auch nur einen Maximalpreis für Rohstoffe aus Russland beschlossen. Wir warten auch noch immer auf einen Strafzoll, also eine Besteuerung von Gas und Öl. Das sind wirtschaftlich Maßnahmen, die Russland den Profit nehmen würden, mit dem es seinen Krieg in der Ukraine

[\(/politik/ausland/plus239928777/Ukrainische-Gegenoffensive-Schlacht-um-Cherson-wird-Schlacht-um-die-Ukraine-sein.html\)]((/politik/ausland/plus239928777/Ukrainische-Gegenoffensive-Schlacht-um-Cherson-wird-Schlacht-um-die-Ukraine-sein.html)) finanziert. Europa, allen voran Deutschland und Italien, hat sich sehr abhängig von russischem Gas gemacht. Das war ein Fehler, der über die Jahre entstanden ist und der jetzt durch das Fehlen konkreter Handlungen weiterbesteht.

WELT: In den vergangenen Wochen hat es Anzeichen dafür gegeben, dass der Westen die Ukraine zu Zugeständnissen gegenüber dem russischen Staatschef Wladimir Putin bringen will, um das Ende des Krieges einzuleiten. Welche Reaktion löst so etwas in Kiew aus?

Rodnyansky: Es wird in der Ukraine schlecht aufgenommen, Druck erzeugt so etwas aber nicht. Die Ukraine wird die territoriale Integrität des Landes nicht aufs Spiel setzen. Es gibt keine Bereitschaft, Gebiete aufzugeben. Wir können die Menschen, die dort gefoltert, entführt und umgebracht werden, nicht allein lassen. Das würden sie uns nie verzeihen. Entschiede der ukrainische Präsident, einen Teil des Landes aufzugeben, würde das Russland sowieso nur ermutigen, den Krieg weiterzuführen. Daher stellt sich diese Frage gar nicht.

WELT: Die russische Ostsee-Exklave Kaliningrad ist aufgrund eines Streits mit dem Nachbarland Litauen in den vergangenen Tagen erneut in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Das baltische EU-Land hatte als Folge der Sanktionen [\(/politik/ausland/article239908589/Ukraine-News-Umfrage-Knappe-Mehrheit-sieht-durch-Sanktionen-mehr-Schaden-fuer-Deutschland.html\)]((/politik/ausland/article239908589/Ukraine-News-Umfrage-Knappe-Mehrheit-sieht-durch-Sanktionen-mehr-Schaden-fuer-Deutschland.html)) den Transitverkehr zwischen Russland und Kaliningrad beschränkt. Nach Drohungen aus Moskau hat die EU-Kommission nun neue Leitlinien erstellt. Russland darf demnach auf der Sanktionsliste stehende zivile Güter per Bahn ohne große Einschränkungen durch Litauen bringen. Bröckelt die EU-Sanktionsfront?

Rodnyansky: Absolut. Man sieht hier, wie Russland sein Ziel durch Druck auf die EU erreicht hat.

WELT: Ist die EU überhaupt noch ein verlässlicher Partner für die Ukraine?

Rodnyansky: Es ist ja nicht so, dass man entweder ein verlässlicher Partner ist oder nicht. Es gibt Grauzonen und Spielraum, zum Teil werden diese leider nicht immer zu unseren Gunsten ausgelegt. Das merkt man an diesem Beispiel. Doch generell hilft uns die EU auch weiterhin massiv mit wirtschaftlicher Unterstützung, Sanktionen gegen Russland und

Waffenlieferungen. Trotzdem möchte ich betonen, dass es bis jetzt die USA waren, die uns am meisten finanzielle und militärische Unterstützung geliefert haben.

WELT: Vor einigen Tagen ist die Pipeline Nord Stream 1 für Wartungsarbeiten abgeschaltet worden. Wirtschaftsminister Robert Habeck hatte befürchtet, dass die Pipeline nicht wie geplant am 21. Juli wieder in Betrieb genommen werden kann, da Putin das Fehlen einer für Reparaturarbeiten in Kanada befindlichen Turbine vorschieben könnte, die das Land aufgrund der Sanktionen zurückhielt. Deutschland hat Kanada nun zu einer Ausnahmeregelung für die Lieferung überredet. Wie schätzen Sie das deutsche Verhalten ein?

Rodnyansky: Mit dem Bestehen auf diese Turbine

(</politik/ausland/article239869183/Selenskyj-bestellt-wegen-Turbinenlieferung-kanadischen-Botschafter-ein.html>) tut Deutschland genau das Gegenteil von dem, was die Ukraine erreichen will – nämlich mehr Sanktionsdruck, weniger Abhängigkeit von Russland. Wir würden hier gern ein anderes Verhalten sehen. Deutschland müsste viel entschlossener und schneller handeln. Ansonsten wird das der EU teuer zu stehen kommen. Das sieht man schon jetzt daran, dass Putin durch die gestiegenen Rohstoffpreise seinen Krieg finanzieren und gar Reserven aufbauen kann. Russland ist deshalb in einer Position, die es dem Land erlaubt, Deutschland weiter zu erpressen, wie schon im Fall der kanadischen Turbine.

WELT: Wirtschaftsminister Habeck argumentiert, dass ein Ausbleiben der Turbinen-Lieferung und damit die von Russland angedrohte ausbleibende Wiederinbetriebnahme der Pipeline die Versorgungssicherheit Deutschlands gefährden würde. Bereits jetzt sind die Sorgen vor explodierenden Energiepreisen im Winter groß. Haben Sie Verständnis dafür?

Rodnyansky: In der Ukraine herrscht Krieg, es sterben Menschen, Gebiete werden besetzt. Das ist schon ein anderes Niveau von Problemen, mit dem man dort konfrontiert ist. Und wenn dann das wohlhabende Europa, oder Deutschland in diesem Fall, besorgt ist über steigende Energiekosten, kann ich nur sagen: In einem reichen Land kann man das stemmen. Wenn auf der Waagschale der Frieden in Europa liegt, ist das ein Preis, den man zahlen sollte.

WELT: Spanien lotet derzeit die Möglichkeit einer Lieferung von zehn Leopard-2-Kampfpanzern an die Ukraine aus. Dem müsste Berlin zustimmen, da die Panzer aus deutscher Produktion stammen. Was erwarten Sie von der Bundesregierung?

Rodnyansky: In Deutschland ist es oft so, dass solche Genehmigungen nicht gegeben werden. Ich erwarte, dass sich die Bundesregierung in diesem Fall nicht in den Weg stellt. Denn wir brauchen diese Waffen (</politik/deutschland/plus239829103/Panzer-fuer-die-Ukraine-Ampel-Abgeordnete-verlassen-Bundestag-vor-Abstimmung.html>), um die besetzten Gebiete zu befreien. Das geht mit defensiven Waffen nicht, die wir vorrangig erhalten. Was oft in diesem Diskurs nicht verstanden wird: Selbst, wenn man sich zu der Lieferung hochmoderner Waffensysteme in kleinem Umfang einigt, etwa wie im Fall von Deutschland, das sieben Panzerhaubitzen 2000 geliefert hat, reicht das vielleicht um die Taliban, nicht aber die russischen Bodentruppen zu bekämpfen, die als stärkste und größte der Welt gelten. Wir brauchen viel mehr Offensivwaffen, weil wir im Donbass leider quantitativ deutlich unterlegen sind. Das erkennt man dort an der Front, die sich in den letzten drei Monaten zu russischen Gunsten verschoben hat.

WELT: Während der Westen weniger Energie einkauft, bedienen sich Schwellenländer an Lieferungen aus Russland. In den ersten 100 Tagen seit Beginn des Krieges soll etwa Indien 18 Prozent des russischen Öls eingekauft haben. Für wie gefährlich halten Sie diese gestärkten Allianzen, die mit dieser Verschiebung einhergehen?

Rodnyansky: Es besteht ein Risiko, dass Russland sich durch diese Verkäufe finanziell absichert. Insbesondere Öllieferungen können einfach gehandhabt werden, weil sich das leichter transportieren lässt, etwa auf dem Schiffsweg nach Indien. Bei Gas ist das schon etwas schwieriger, weil dies nur durch Pipelines transportiert werden kann und dafür die Infrastruktur fehlt. Es führt zwar eine Pipeline von Russland nach China, allerdings wird das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Länder durch die Volksrepublik bestimmt. Ich glaube nicht, dass Russland dort viel Profit erwirtschaften kann. Was Russland aber immens schaden würde, wäre ein europäisches Energie-Embargo. Denn Moskau ist sehr abhängig von den Verkäufen, im Jahr 2021 verkaufte es 74 Prozent seines Gases und 49 Prozent seines Öls dorthin.

WELT: Aus Russland importierte Energie in Indien soll bereits verschleiert als heimische Energie in die EU gelangt sein. Wie kann so etwa verhindert werden?

Rodnyansky: In diesem Fall warten wir noch immer vergebens auf die Einführung von Sekundärsanktionen. Das sind Strafmaßnahmen für Länder und Firmen außerhalb der EU und der USA, die von den Sanktionen nicht direkt betroffen sind und weiterhin mit Russland

handeln. Für Länder wie China und Indien (</politik/ausland/article239900885/Sri-Lanka-Wie-Putin-jetzt-in-Asien-seinen-Einfluss-ausbaut.html>) würde damit ein Anreiz geschaffen werden, die Sanktionen einzuhalten.

WELT: Sie arbeiten eng mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj. Wen würde er dieser Tage zuerst in der EU anrufen, in der Hoffnung auf ein offenes Ohr und Unterstützung?

Rodnyansky: Ich möchte keine Rangliste von verlässlichen Partnern erstellen, wir sprechen mit allen. Aber es ist auch ein offenes Geheimnis, welche Länder uns am meisten unterstützen und in allen Fragen maximal loyal geblieben sind. Das sind an erster Stelle die baltischen Staaten, Polen und Großbritannien. Europa unterstützt uns natürlich nach wie vor auch, aber es kommt leider immer wieder zu Schwierigkeiten mit einigen Ländern, etwa bei den Lieferungen von Waffen oder finanzieller Hilfe, mit denen wir viele Gespräche führen müssen.

WELT: Deutschland haben Sie nicht genannt.

Rodnyansky: Nein, weil Deutschland zu einem dieser Länder gehört.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239932285>